

Es spricht: Alexander Bauer, Fraktionsvorsitzender (es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Häuser,
sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
sehr verehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde,
sehr verehrte Bürgerinnen und Bürger,

wir sprechen derzeit tatsächlich – landauf, landab – mehr miteinander; wir streiten auch mehr miteinander. Wir haben wieder sehr politische Zeiten, in denen wir leben – und von zu wenig Meinungsfreiheit ist in meinen Augen weit und breit nichts zu sehen. Die Frage ist nur: Was machen wir daraus? Wie wird aus Reibung wieder Respekt? Wie wird aus Dauerempörung eine ordentliche Streitkultur? Wie wird aus Gegensätzen Zusammenhalt?

Stehen wir auf und halten dagegen, wenn im Bus Schwächere angepöbelt werden; wenn jemand, der anders aussieht, beleidigt wird; wenn im Büro, in der Kneipe oder beim Bäcker rassistische Sprüche fallen. Wir entscheiden, ob die krassesten und lautesten Parolen in den Sozialen Medien mit immer neuen Klicks belohnt werden oder wir auf Fakten, Vernunft und bessere Argumente setzen. Wir alle sind Teil dieser Demokratie. Indem wir wählen gehen, indem wir uns politisch einmischen – auf einer Straßendemo oder in einer Partei oder in einem Gemeinderat, wo an vielen Orten heute so dringend Nachwuchs gesucht wird. **Was die Demokratie braucht sind selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger – mit Zuversicht und Tatkraft, mit Vernunft, Anstand und Solidarität.**

Es wäre schön, wenn wir sagen könnten: Wir Deutsche haben für immer aus der Geschichte gelernt. Aber das können wir nicht sagen, wenn Hass und Hetze sich ausbreiten. Das können wir nicht sagen, wenn jüdische Kinder auf dem Schulhof bespuckt werden. Das können wir nicht sagen, wenn nur eine schwere Holztür verhindert, dass ein Rechtsterrorist an Jom Kippur in einer Synagoge in Halle ein Massaker, ein Blutbad anrichtet.

Und schließlich: Wer verstehen will, muss sich an die Wurzeln des nationalsozialistischen Weltbildes erinnern – an völkisches Denken, an Antisemitismus und Rassenhass, an die Verrohung der Sprache in der Weimarer Republik, an die Zerstörung der Vernunft, an den Einzug der Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung, an die Verächtlichmachung des Parlaments, die Zertrümmerung des Rechtsstaats und der Demokratie.

Der erste Satz unserer Verfassung sagt jedem und jeder, der ihn lesen kann und lesen will, was in Auschwitz geschehen ist. Der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat ist die Antwort, die Umkehrung des völkischen Denkens. Er stellt die Menschenwürde jedes Einzelnen ins Zentrum. Wer also erinnern will, wer das Andenken der Opfer ehren will, der muss Demokratie und Rechtsstaat schützen, wo immer sie in Frage gestellt werden! Mit meinem Sohn war ich vor einem Jahr, also im 74. Jahr nach der Befreiung, in Auschwitz-Birkenau! Wir werden das nie vergessen!

Haben wir aber verstanden? Hass und Hetze breiten sich wieder aus. Das Gift des Nationalismus sickert wieder in Debatten ein.

Wenn diejenigen, die Verantwortung für die Demokratie übernehmen – in Rathäusern, Parlamenten oder Zeitungsredaktionen –, angegriffen werden; wenn sich Menschen nicht mehr trauen, Ehrenämter in ihren Gemeinden zu übernehmen?! Und was ist das, wenn ein Abgeordneter wegen seiner Hautfarbe mit dem Tode bedroht wird?!

Dachten wir nicht, der alte Ungeist würde mit der Zeit vergehen? Nein: Die bösen Geister der Vergangenheit zeigen sich heute in neuem Gewand. Mehr noch: Sie präsentieren ihr völkisches, ihr fundamental religiöses, ihr autoritäres Denken als Vision, gar noch als die bessere Antwort auf die offenen Fragen unserer Zeit.

75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier es auf den Punkt gebracht: **Wir vergessen nicht, was geschehen ist! Aber wir vergessen auch nicht, was geschehen kann!**

Soziale Sicherheit - Das Mögliche auch tun – Bezahlbares Wohnen im Baugebiet „Leimtelle II“

Die Bauplatzpreise, die Wohnungspreise und die gehandelten Mietpreise im zukünftigen Wohngebiet Heiße Klinge, alles pro m², lassen aufhorchen. Die Preise haben eine Höhe, als wäre die Bahnlinie keine paar Meter, sondern Kilometer von der Bebauung entfernt. Und trotz allem, die Nachfrage kann nicht gestillt werden, die Preise schnellen in die Höhe. Auf der Strecke bleiben diejenigen, die von zu Hause aus, nicht das Konto üppig voll Geld haben. Die von der Gemeinde angebotenen 12 Bauplätze waren da nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Kriterien zur Vergabe der Bauplätze hätte man aus unserer Sicht drehen und wenden können, wie man hätte wollen, unter dem Strich bleibt ein Fakt: Die Gemeinde muss schauen, dass in zukünftigen Baugebieten, die Bauplätze allein von der Gemeinde zu einem vernünftigen Preis verkauft werden. Das ist nicht einfach, das müssen wir gemeinsam entwickeln! Dazu hat der neue Gemeinderat alle Möglichkeiten in seiner Hand.

Die oft zitierten „vier Wände“ und das „Dach über dem Kopf“ das sind ganz grundlegende Voraussetzungen für ein menschengerechtes Leben. Die Schaffung von „Wohnraum“ ist deshalb eines der wichtigsten Aufgaben, die Politik – oben wie unten – zu erledigen hat. Die Regeln des Marktes sind dabei wenig hilfreich. Das gilt auch in Schwaikheim.

Deshalb: Vor diesem Hintergrund und den Erfahrungen in Schwaikheim hat sich die SPD-Fraktion einstimmig dazu entschlossen, das im Flächennutzungsplan eingezeichnete Baugebiet Leimtelle II als nächstes, ohne untätiges Abwarten, zu entwickeln. Gleichwohl haben wir die Gründe der Fraktion der Grünen zu einem sofortigen Moratorium sehr wohl zu Kenntnis genommen, analysiert und dem Grundanliegen auch unsere Unterstützung versprochen.

Sehen muss man auch, dass in Schwaikheim die innerörtliche Nachverdichtung seit Jahren nicht vorankommt. Das Stichwort „**Enkelgrundstück**“ soll dazu beispielhaft genannt sein. Um die Nutzung innerörtlicher Grundstücke für den Wohnungsbau voranzubringen, wären also notfalls Maßnahmen erforderlich die in Richtung Enteignung gehen würden. Wer das von den Baugebiet-Gegnern möchte, soll das sagen, dann müssen wir das im Rahmen einer Bürgerversammlung miteinander diskutieren und im Gemeinderat beraten und beschließen.

Was an dieser Stelle hoffentlich Nachdenklichkeit auslösen sollte, das ist die Tatsache, dass nicht wenige Wohnungen leerstehen, also auf dem Wohnungsmarkt nicht angeboten werden.

Wir appellieren an die Besitzer dieser Wohnungen, ihr Verhalten zu überdenken. Es gibt Möglichkeiten, auch ohne Risiko Wohnungen zu vermieten. **Geben Sie Ihrem Herzen einen Ruck.**

Zurück zum Flächennutzungsplan: Laut der Verwaltung sind die im Flächennutzungsplan enthaltenen Baugebiete geprüft und als bestens geeignet eingestuft. Es gäbe daran nichts zu aktualisieren oder zurückzunehmen. Wir haben extra nachgefragt. Es gäbe für die Leimtelle II keine Einschränkungen. Wir werden also dranbleiben! Vor allem werden wir die vorgebrachten Einwände hinsichtlich Natur und Umwelt und dem in der Nähe befindlichen Bauernhof nicht aus dem Auge verlieren.

Aber da führt kein Weg daran vorbei: Wir müssen das Mögliche tun und bezahlbaren Wohnraum im Eigentum und in Miete schaffen. Darum benötigen wir jetzt ein weiteres Wohngebiet. Vor allem wollen wir ein attraktives Wohnraumangebot für Schwaikheimerinnen und Schwaikheimer. Es darf nicht allein vom Glück abhängen, einen Bauplatz oder eine Wohnung ergattern zu können. Und dann zu welchem Preis?

Da die Argumente für ein Moratorium per se richtig sind, wollen wir dies, wenn das Baugebiet Leimtelle II auf den Weg gebracht ist. Wir stimmen der Leimtelle II zu, wenn unsere Bedingungen erfüllt sind. Wir verbinden das Soziale mit dem Ökologischen – wir stellen uns dieser Verantwortung. Wenn einer fragt, was Sozialdemokratie ausmacht, dann bekommt er von uns diese Antwort: Es ist der Ausgleich zwischen zwei radikalen gesellschaftlichen Polen, hier: zwischen der Erzielung des höchstmöglichen Preises am Markt für die Eigentümer und purer Ökologie. Beide Pole sind ohne sozialen Ausgleich! Das darf aus unserer Sicht nicht sein. Eine Position dies sich durch unser ganzes kommunalpolitisches Handeln hier in Schwaikheim zieht.

Um das zu erreichen, haben wir Bedingungen gestellt: Das Aufkaufmodell sichert der Gemeinde alle politischen Handlungsoptionen bei der städtebaulichen Entwicklung, den Vorgaben und beim Verkauf. Das bietet uns beim Aufkauf und Kaufvertrag vielfältige Steuerungsmöglichkeiten. Der Gemeinderat kann seine Planungshoheit im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen ausüben. Es wird die zeitnahe Nutzung und Bebauung der Flächen sichergestellt. Die Gemeinde legt die Vergabekriterien fest. Die städtebauliche Planung wird Bestandteil des Kaufvertrags. Belegungsrechte für die Gemeinde können abgesichert werden. Die Grundstückseigentümer sollen einen Ausgleich für ihre Grundstücke erhalten. Die Gemeinde muss angemessen finanziell partizipieren. So kann die zusätzliche Infrastruktur sauber finanziert werden. Eine Spekulation mit dem Baugrund kann vertraglich verhindert werden. Eine Bauverpflichtung wird das Ganze abrunden.

Wir stellen uns ein Generationenübergreifendes, integratives und barrierefreies Wohnkonzept vor. Vorstellbar ist eine soziale Durchmischung und eine feste Quote für den geförderten Wohnungsbau. Eine höhere Dichte der Bebauung ermöglicht bezahlbares Wohnen. Eine optimale Flächennutzung kann schwerpunktmäßig mit Geschossbau, Mehrfamilien- und Kettenhaus erreicht werden. Die Architektur soll sich an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort ausrichten. Energie Plus bedeutet – mehr Energie wird im Wohngebiet erzeugt als von außen bezogen. Und eben nicht zuletzt: Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei all dem, eine zukunftsichernde, ökologische Technik und Gestaltung angewandt wird.

Das Moratorium nach der Leimtelle II bedeutet für uns, dass der Flächennutzungsplan überprüft wird. Weitere Baugebiete werden erst nach Beratung und ggf. Fortschreibung des FNP in Angriff genommen. Der bestehende FNP ist in seinem ursprünglichen Geiste, mehrere Jahrzehnte alt. Das Erstellungsdatum aus 2006 darf darüber nicht hinwegtäuschen. Es ist daher dringend erforderlich den FNP für die nächsten 20 Jahre mit den Bedürfnissen und Erkenntnissen – nicht zuletzt den ökologischen –, die in den letzten Jahren dazu gekommen sind, abzugleichen und neu zu denken. Ein Einfaches „Weiter so“ kann es auch mit Blick auf die ausgelastete Infrastruktur in Schwaikheim nicht geben.

So sehen für uns die nächsten Schritte grundsätzlich aus: Erst muss der komplette Aufkauf abgeschlossen sein. Vorher soll es keine weiteren Planungen bzw. Ausgaben geben. Die Gemeinde soll kein Kostenrisiko eingehen. Sollte der komplette Aufkauf nicht gelingen, gibt es kein Bauland! Erst dann können u.a. für die städtebauliche Entwicklung Fachplaner beauftragt werden. Die Gemeinde schließt Optionsverträge zum Aufkauf aller Grundstücke. Die Annahmeerklärung der Kaufoption erfolgt nach Rechtskraft des Bebauungsplanes. Der Aufkauf mit Rückgabeklausel vermeidet, dass die Gemeinde nicht Gefahr läuft Grundstücke zu überplanen und nachher nicht zu bekommen oder Grundstücke zu kaufen, die nachher nicht bebaubar sind. Damit wäre aus unserer Sicht der gesetzlich geforderte Abwägungsprozess im Verfahren nicht tangiert. Der Aufkauf kann für uns auch durch einen privaten Erschließungsträger erfolgen (bei Personalknappheit im Amt) z.B. mit der KE Kommunalentwicklung. Das Aufkaufmodell ist letztendlich mit Abstand das am schnellsten umzusetzende Verfahren. Die zweifache Grunderwerbssteuer ist aus unserer Sicht vertretbar, um Zügigkeit und Verbindlichkeit zu erreichen. Die Vorteile überwiegen. Der Erwerb von gemeindeeigenen Bauplätzen löst zudem keine Maklergebühren aus!

Abrundend anzumerken ist, dass wir uns nicht durch eine einseitige juristische Beratung im Gemeinderat in unseren politischen Zielen beeinflussen lassen.

Was wir noch wollen: Eine baldige Information der Eigentümer sowie der Schwaikheimer Bürgerschaft. Der Gemeinderat soll sich in diesem Jahr im Rahmen einer Klausur mit dem derzeit gültigen Flächennutzungsplan beschäftigen und einen Grundsatzbeschluss für zukünftige Baugebiete im Geiste der Vorgehensweise in der Leimtelle II beschließen. Und nicht zuletzt: Das Baugebiet Leimtelle II muss in das derzeit in Arbeit befindliche Gesamtverkehrskonzept einfließen. Die Beauftragung zum Gesamtverkehrskonzept läuft übrigens jetzt seit dem 4. Quartal 2015. Ein Zeitverzug den wir regelmäßig thematisieren. Was für die Leimtelle II bzgl. dem Gesamtverkehrskonzept gilt, gilt natürlich auch für die Sanierung der Ludwigsburger Straße.

Neue Ideen und Konzepte entwickeln, mit Menschen darüber sprechen, als Anträge in den Gemeinderat einbringen – das macht für uns lebendige Kommunalpolitik aus. Dazu benötigen *wir* von Zeit zu Zeit externe Beratung rund um unsere Arbeit. Wir lassen uns auch nicht davon beeindrucken, wenn uns der Bürgermeister nahelegt, Anträge und Anfragen würden ihn und die Verwaltung nur mit unnötiger Arbeit belasten. So sehen wir Kommunalpolitik und unseren Auftrag nicht. Wir verstehen uns nicht als Zuarbeiter fürs Rathaus, sondern als Mit-Gestalter unserer Gemeinde. Zumal bei der Kommunalwahl im Mai letzten Jahres die Wählerinnen und Wähler dem Gemeinderat durch neue Mehrheitsverhältnisse ein neues Gesicht gegeben haben.

Wir wollen neue Ideen im Gemeinderat mit unseren Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen und mit der Verwaltung auf einer sachlichen Ebene diskutieren und abwägen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil viele wichtige Projekte anstehen. Glücklicherweise hat sich das Arbeitsklima unter den Fraktionen nach der Wahl 2019 um einiges verbessert. Auf das „**Betriebsklima im Gemeinderat**“ wirkt sich eher schlecht aus, dass zwischenzeitlich vermehrt ein sogenannter „**Schattenmann**“ am Ratstisch sitzt. So hat es die Winnender Zeitung genannt. Ein Jurist der von Anfang an am Ratstisch mit sitzt, um unsere Ideen und Anträge mit juristischen Hinweisen zu lenken. Hinweise dies sich nicht nur einmal als einseitig und diskussionswürdig herausgestellt haben. Das ist nicht zum Wohle von Schwaikheim.

Zum Wohle von Schwaikheim ist, dass wir im Gemeinderat über Ideen und Vorschläge, sowohl von uns und der Verwaltung, offen beraten und kommunalpolitisch festlegen, was wir wollen. Erst dann benötigen wir Fachplaner und Juristen, die uns helfen sollen, unsere Beschlüsse bestmöglich umzusetzen.

Hier denke ich vor allem an die Vergabekriterien in der Heißen Klinge und unserem Antrag zum Aufkaufverfahren in der Leimtelle II. So kann es nicht weitergehen. Ganz abgesehen davon, dass diese bislang praktizierte Handlungsweise eine große Summe an Haushaltsmitteln verschlingt. Diesbezüglich werden wir noch eine Anfrage starten: Wie viel Haushaltsmittel wurden für diese Experten, Fachplaner und Juristen allein die letzten zwei Jahre ausgegeben? Vor allem die Kostenfeststellung für die ausufernde Juristerei ist für uns von Bedeutung. Das Geld können wir besser ausgeben!

Was gehört noch dazu, dass wir unsere Arbeit gut machen können? Die Protokolle müssen spätestens nach vier Wochen vorliegen. So sagt es das Gesetz und für die tagtägliche Arbeit geht es eigentlich auch nicht anders. Wir aber warten monatelang darauf. Mehr als sechs Monate war die letzten Jahre keine Seltenheit. Das ist kein gutes Miteinander. Damit werden wir bewusst oder unbewusst an unserer Arbeit gehindert. Gleiches gilt auch für die Protokolle des Ältestenrates. Wir werden zwar ständig an die vermeintlichen Inhalte der Protokolle erinnert, aber sie liegen uns nicht vor. Wir sollten uns eigentlich nach vorne entwickeln.

All das, meine sehr geehrten Damen und Herren kostet zusätzlich viel Zeit, Nerven und Energie. Das wäre vermeidbar. Das normale Geschäft beansprucht auch so ganz stark. Und das im Ehrenamt. Da ist es mit dem uneingeschränkten Vertrauen oft nicht so ganz einfach.

Für uns ist es sehr wichtig, dass die Vereine und Organisationen für die Nutzung der gemeindeeigenen Gebäude und Räumlichkeiten keine Miete oder ähnliches bezahlen. Die Vereinsförderung soll schon seit Jahren neu konzipiert werden. Leider schafft es die Verwaltung trotz Versprechen des Bürgermeisters an die Vereine seit Jahren nicht, eine Beratungsvorlage zu erstellen. Wir helfen da gerne mit. Bislang ist die Vereinsförderung nirgends niedergeschrieben. Es fehlt Transparenz und Planbarkeit. Das ehrenamtliche Engagement ist für uns unersetzbar. Wir sollten es den Vereinen nicht noch schwerer machen, als sie es ohnehin schon haben.

Auch in Schwaikheim und vor allem in den sozialen Medien spüren wir, wie sich der Ton geändert hat. Hass und Wut ist auch hier angekommen, vor allem vermischt mit rechten Tendenzen.

Ich möchte den Schwaikheimerinnen und Schwaikheimer danken, dass wir uns hier im Gemeinderat nicht mit der AfD auseinandersetzen müssen. Ich kann ihnen versichern, wir benötigen in Schwaik-

heim keine AfD. Auch wird hier alles angesprochen. Und zwar ohne rechte Tendenzen. Die braucht es nicht. **Schwaikheim lebt von der Vielfalt seiner Bürgerinnen und Bürgern.** Darauf sind wir stolz. Unsere Fraktion spiegelt das wieder!

Wir stehen in der Fraktion für Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit in unserem Schwaikheim. Das ist uns wichtig. Dafür stehen wir ein. Das kostet mitunter auch Haushaltsmittel und Personal. Dessen sind wir uns bewusst und wir wollen es. Das ist eine Frage der Prioritäten. Für andere Sachen ist auch genügend Geld vorhanden. Sicherheit auf kommunaler Ebene muss gelebt werden. Es darf in Schwaikheim keine „Angstorte“ geben. Dass alles gehört zu unserem Schwaikheim „Tipp Topp“ mit dazu.

Die **Bewerbung für die Landesgartenschau 2032**, gemeinsam mit Winnenden, sehen wir als alternativen Entwicklungsmotor für Schwaikheim. Alles Weitere bleibt erst einmal abzuwarten. Wir wünschen der Bewerbung viel Erfolg! Hier gilt unserer Verwaltung ein großes Lob! Trotz der lauten und wiederholten Klagen des Bürgermeisters über zu wenig Personal und eine hohe Arbeitsbelastung konnte dies die Verwaltung reibungslos betreuen, entwickeln und umsetzen. Herzlichen Dank! Das wünschen wir uns immer. Dafür haben sie unsere Unterstützung!

Ein Punkt ist uns zum Thema Landesgartenschau ganz wichtig. Der geschützte Bereich des Teufelsbrunnens und Umgebung darf nicht beschädigt und verletzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bereich erweitert und in seinem natürlichen Zustand reaktiviert wird. Das schließt ein Konzept zum langfristigen Zukauf von Grundstücken mit ein. **Unser Zipfelbachtal ist ein Juwel!**

Wie schon mehrfach angesprochen: „die personelle Ausstattung und die Arbeitsverteilung im Rathaus ist ein Dauerthema; wir wollen uns um die Lösung dieses Problems nicht drücken. Dazu fehlt uns allerdings ein wichtiges Instrument: Nach wie vor müssen wir auf den versprochenen Einblick auf das **Organisationsgutachten** warten und uns verträsten lassen. Das hält nun schon seit Monaten an. Aus diesem Grund konnten wir uns auch nicht so wie es sein sollte auf den Haushaltsabschluss vorbereiten. Das war damit schlicht nicht möglich. Auch wurde uns von der Verwaltungsspitze zugesagt, dass wir uns als Fraktion noch dazu umfassend einbringen können. Auch das sehen wir zunehmend in Gefahr. Sollte es am heutigen Abend keine konkrete Aussage zum Zeitpunkt für die Einsicht geben, werden wir unser Recht ausüben und gesetzlich Einsicht in die Verwaltungsunterlagen beantragen. Es geht leider nicht mehr anders. Seit Monaten werden wir verträstet und die Verwaltung selbst, arbeitet mit der Entwurfsfassung des Gutachtens und ist dabei Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Einem guten Klima ist das nicht förderlich. Zumal der bislang bestehende Geschäftsverteilungsplan der Verwaltung noch aus der Zeit von Bürgermeister Krüger stammt. Mehr ist dazu nicht zu sagen. Das kann unsere Verwaltung besser!

Das Geschäft muss im Rathaus richtig verteilt sein. So kommt es auch punktuell zu keinen Überbelastungen unter denen einzelnen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter leiden müssen. Ob mehr Stellen benötigt werden, das muss nach einem tiefen Blick in das Organisationsgutachten geklärt werden.

Sollte für manche zukunftssträchtigen Pflichtaufgaben das Personal und die dazugehörige Qualifikation fehlen, muss jetzt nachgebessert werden.

Diese Notwendigkeit und Abwägung besteht vor allem für den **Aufgabenbereich Klima, Umwelt und Energie**. Siehe dazu auch unseren Antrag zur Reduzierung unsers CO²-

Fußabdrucks. Da müssen wir uns zukunftsicher, belastbar und ambitioniert aufstellen. Zumal mit dem neuen Baugebiet Leimtelle II gerade auch unter ökologischen Maßstäben eine besonders wichtige „Baustelle“ eröffnet wird.

Eine gerecht bezahlte, attraktive Stelle und ein gutes Arbeitsklima im Rathaus locken motivierte Bewerberinnen und Bewerber an. – Auch sollte die Fluktuation von guten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern endlich gestoppt werden.

Das schließt auch die Stelle der Geschäftsstelle des Gemeinderats mit ein. Auf dieser Stelle sollte endlich gemäß der Stellenbeschreibung und des Stellenanteils die Arbeit für den Gemeinderat getan werden. Hochglanzartikel fürs Mitteilungsblatt und optimierte Reden sind zwar auch gut, aber nicht auf Kosten von anderen wichtigen Aufgaben! Das bedeutet Wertschätzung für den Gemeinderat. Im Kreistag bekommt man bei der Geschäftsstelle innerhalb einer Stunde eine Rückmeldung. In Schwaikheim dauert es für unsere Fraktion oft Tage und Wochen. Leider!

Zur Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen gehört auch die Straffung der Gemeinderatssitzungen: Dazu Vorabfragen zum Beratungsbedarf durch den Bürgermeister. Vor allem bei strittigen Themen, die ja durchaus im Vorfeld erkennbar sind. Ich habe Herrn Bürgermeister Häuser erst vor kurzem nochmals unsere Bereitschaft und Mitarbeit dazu erneuert. Eine Vorgehensweise die in anderen Kommunen gelebt wird. Dazu: Wir sollten mehr Themen sofort öffentlich beraten und beschließen.

Wir wollen in Schwaikheim eine gute Gesundheits- und Ärzteversorgung. Bei unseren Allgemeinärzten ergaben und ergeben sich Veränderungen. Das darf keine Lücken reißen. Dafür setzen wir uns ein. Schwaikheim muss sich hierzu attraktiv aufstellen. Im **Pflegebereich** haben wir bereits eine Vielzahl von Angeboten. Diese müssen wir koordinieren und alle Beteiligten an einen Tisch holen. Dazu werden wir uns im Laufe des Jahres nochmals melden. Das gilt insbesondere für die Idee eines **Seniorenrates**.

Vor kurzem wurden wir über die **Prognosen und Hochrechnungen bei der Entwicklung der Kinderzahlen in Schwaikheim** im Gemeinderat von beauftragten Experten in Kenntnis gesetzt. Die in den Himmel schießenden Zahlen kamen mehr als überraschend. Etwa ein Jahr zuvor wurde uns das noch ganz anders dargestellt. Es ist schön, dass es zukünftig wieder viel mehr Kinder geben soll! Nichtsdestotrotz bedeutet dies für uns in Schwaikheim einen unerwarteten Zuwachs bei den Pflichtaufgaben. In der Kinderbetreuung und mit einem anschwellenden Raumbedarf an unserer Schule! **Mehr Pflichtaufgaben bedeuten mehr Haushaltsmittel.** Wie dargestellt schauen wir auf einen Schuldenstand in den nächsten Jahren von über 20 Millionen. Das sollte nochmals überdacht und priorisiert werden. Aufgeteilt in Pflichtaufgaben und freiwillige Leistungen. Da erwarten wir von der Verwaltung baldmöglichst belastbare Zahlen. Eine Klausurtagung des Gemeinderats wäre hierzu anzudenken. Die gesetzlich vorgegebene **Beteiligung von Jugendlichen** sollten wir nicht vergessen, vor allem wenn wir konkret über deren Zukunft beraten und beschließen.

Wenn wir über Schule reden, dann sollten wir das **Schulentwicklungskonzept** mal endlich wieder aufschreiben und transparent unsere Ziele mit dem Schulstandort benennen und nachlesbar aufs Papier bringen.

Zum Thema Schule gehört auch die tägliche **Schülerbeförderung**. Diese muss verlässlich und sicher sein. Dazu gehört auch, dass wir die Haltestellen auf ihre Sicherheit überprüfen und ggf. handeln.

Dabei haben wir vor allem die **Haltestelle am Rathaus** mit ihrem schmalen Gehweg Richtung Winenden im Blick. Hier wäre eine Verlegung an eine sicherere Stelle zu prüfen.

Am Herzen liegt uns die gute **Weiterentwicklung des Handels und Gewerbes sowie der Gastronomie** in Schwaikheim. Hier gibt es viel Wandel und Herausforderungen. Die Entwicklungsachse zwischen Bahnhof und Rathaus mit der Ludwigsburger Straße und dem Gorroneer Platz bietet viel Potenzial. Das wollen jetzt wir anpacken. Gerade auch, da wir uns aktuell mit der Machbarkeitsstudie für die Ortsmitte Teil II sowie einer attraktiven Sanierung der Ludwigsburger–Straße beschäftigen. Das Ergebnis dieser Studie wird hoffentlich demnächst zur Beratung vorliegen.

In diesem Zusammenhang möchte ich abschließend auf das **Konzeptionspapier unseres SPD-Ortsvereins „Brüten für Schwaikheim“** erinnern. Dieses Papier wird von unserer Fraktion mitgetragen. Wir müssen uns miteinander unterhalten und diskutieren, wie es in Schwaikheim die nächsten Jahre weitergehen soll. Ich hoffe, Sie sehen spätestens nach dieser Haushaltsrede, dass dies wichtig ist.

Abschließend

Der Gemeindehaushalt ist transparent aufgestellt. Hierfür ein herzliches Dankeschön an unseren neuen Kämmerer Andreas Rommel.

Einschränkung: Bei Vorlage weiterer Details und konkretisierten Planungen und Zahlen muss, so wie von uns oben dargestellt, ein Blick auf die Priorisierungen geworfen werden.

Mit diesen Bemerkungen können wir dem Haushalt 2020 zustimmen.

Wir danken Allen für die verbesserte, gute und oft lebhaftige Zusammenarbeit!